Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 7-8

Artikel: Über die grosse Koalition und die Grünen in Österreich : "Eine Partei ist eine Partei ist eine Partei"
Autor: Florin, Jon Andrea / Nenning, Günther
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340499

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hannover «Forschung an potentiellen B-Waffen» betrieben wird. Professor John Collins, Virus-Experte in Braunschweig, bezweifelt wie andere Fachleute den rein defensiven Charakter von Impfstoffen gegen B-Waffen. Die Hochschule trat schliesslich die Flucht nach vorne an und erwirkte im September 1986 mit der CDU-Landesregierung eine einstweilige Verfügung gegen Kiper.

Der unbequeme Rüstungsgegner sollte 50 000 Mark zahlen, wenn er weiter behaupte, das Institut für Virologie betreibe Militärforschung an B-Waffen. Dagegen legte Kiper Widerspruch ein. Das Landgericht Hannover entschied im Juni 1987, dass Manuel Kiper weiterhin behaupten darf, dass an der Tierärztlichen Hochschule Hannover «Militärforschung an potentiellen Biowaffen und biologischen Kampfstoffen» betrieben wird.

Der Antrag zur Zahlung eines Ordnungsgeldes wurde zurückgewiesen und die einstweilige Anordnung aufgehoben. Kiper hat auf der ganzen Linie gesiegt. Die Bonner Militärforschung ist allerdings weiter ins Zwielicht geraten.

Über die grosse Koalition und die Grünen in Österreich

«Eine Partei ist eine Partei ist eine Partei»

Jon Andrea Florin sprach mit Günther Nenning

Nachdem Günther Nenning, Mitglied der SP-Basel-Stadt und der SJU, aus der österreichischen SP und Mediengewerkschaft rausgeworfen wurde, wurde er zum Vordenker der Grünen in Österreich. Und als ihm die Querelen und Intrigen um Plätze auf der grünen Parlamentswahlliste zu bunt wurden, ist er bei den Grünen ausgestiegen. Nun steht er der grünen Bewegung «abwartend loyal» gegenüber. Jon Andrea Florin hat mit Günther Nenning ein Gespräch geführt.

F: Was halten Sie von der grossen Koalition?

Nenning: Nichts. Das wichtigste Argument für die grosse Koalition ist, dass Österreich saniert werden müsse.

F: Muss Österreich tatsächlich saniert werden?

Nenning: Die alte Politik muss saniert werden. Das ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Sonst wird gar nichts anderes saniert – im Gegenteil: Das Drüberstülpen der alten Politik über die neue Krise macht alles immer schlimmer.

F: Was heisst neue Krise?

Nenning: Dass Österreich mit der gebührenden Verspätung dort angelangt ist, wo der übrige Westen schon lange steht – nämlich bei einer hohen Grundarbeitslosigkeit. Das heisst, dass auf Dauer Menschen aus dem Produktionsprozess herausfallen. Es ist nicht so, dass man sagen kann: Jetzt ist Krise, aber ihr werdet wieder Arbeit bekommen. Sondern andersrum: Es ist Krise und deswegen werdet ihr nie mehr Arbeit bekommen. Nicht auf die bisherige Art und Weise. Und die bisherige Art und Weise ist das Regierungsprogramm der grossen Koalition. Da steht nichts anderes drin als «auf die bisherige Art und Weise Regieren und Wirtschaften».

F: Nun sagen die Anhänger der grossen Koalition: Wenn jemand eine Politik durchziehen muss, die die Ursachen dieser Sockelarbeitslosigkeit behebt, dann muss er breit abgestützt sein. Und das kann nur eine grosse Koalition sein.

Nenning: Na wer stützt breit? Die Leute, die gar keine neue Politik machen wollen. Das ist ein Demokratieproblem.

F: Sie glauben 80 Prozent der Leute sind zufrieden?

Nenning: Nein, sie sind nicht zufrieden. Sie spüren emotional aber noch nicht politisch, dass es eine grundlegende Veränderung braucht, dass eine Art Endzeit da ist. Die Mehrheit spürt das, aber die Folgerung daraus – dass es eine neue Politik braucht – ziehen nur ein Drittel bis ein Viertel. Das reicht an sich, um Veränderungen zu bewirken. Veränderungen werden immer von Minderheiten gemacht. Denn, das Rezept für die eingeschränkte Form der Demokratie, die wir haben – sie lebe hoch, sie ist viel besser als alle Diktaturen, bla, bla bla – lautet: Minderheiten handeln für Mehrheiten. Sie lassen sich legitimieren durch viereinhalb Millionen Wähler. Aber die handeln nicht. So ist es ja nicht, dass es in den alten Parteien nur Leute gibt, die an der bisherigen Form des Regierens hängen. In beiden Grossparteien sind viele Leute, die sagen: Nein, nein wir wollen's anders. Aber die Um-

setzungsform fehlt. Den Grünen ist es nicht gelungen, eine politische Form zu finden, um die ausreichend grosse Minderheit mit sich zu ziehen.

F: Wie müsste diese Form aussehen?

Nenning: Die Grünen sind eine Partei, und eine Partei ist nicht in der Lage, diese neu denkende Minderheit in Bewegung zu bringen. Es müsste darum gehen, die wirksame Form der Bürgerinitiative voll auszuschöpfen. Sie reicht aus, um in einem Tal eine Autobahn oder in einem Donauabschnitt ein Kraftwerk zu verhindern – eine sehr effektive Form. Doch lässt sie sich bisher nicht umsetzen in eine zentralistische Politik.

Die Grundidee war, mit der «Bürgerinitiative Parlament» ins Parlament einzuziehen. Mit dieser Form wurden örtlich und regional blendende Erfolge erzielt, und damit sollte auch bei Wahlen ein sehr beträchtlicher parlamentarischer Erfolg erreicht werden. Das ist gescheitert.

F: Woran lag das?

Nenning: Dass die Grünen zu rasch und auf eine allzu traditionelle Weise eine Partei geworden sind. Eine Partei ist eine Partei ist eine Partei.

F: Die einzige Möglichkeit der Opposition liegt also ausserhalb der Institutionen?

Nenning: Ausserhalb der Institutionen ist gar nichts. Ich kann den Versuch machen – den hilflosen – und mich auf einen Bauernhof zurückziehen. Nicht mal das ist ausserhalb der Institutionen, aber ich kann so tun als ob. Politik spielt sich immer auf dem Schachbrett ab, auf dem sich auch die Mächtigen bewegen. Wenn ich auf einem andern Brett spiele, spiel' ich eben nur. Das ist eine Scheinfirma.

F: Und ausserhalb des Parlamentes?

Nenning: Ausserhalb des Parlamentes ist alles. Alles wesentliche geschieht ausserhalb des Parlamentes.

F: Aber das Parlament ist das Schachbrett.

Nenning: Nein, das glaub' ich nicht. Im Parlament werden bestimmte Dinge ratifiziert. Auf einigermassen würdige Art und Weise, wenn man Glück hat. Aber es ist nur der Staatsnotar.

F: Noch einmal: Welche Kräfte können Österreich sanieren?

Nenning: Sanieren ist ja eine Worthülse. Ich kann alles und jedes sanieren. Die Grundfrage jedoch ist: Will ich sanieren, was falsche Politik und falsche Wirtschaft ist? Warum will ich – ganz grob gesagt – die kapitalistische Wirtschaft sanieren?

F: Weil's fünf Prozent Arbeitslose gibt.

Nenning: Die gibt's ja, weil die kapitalistische Wirtschaft nicht funktioniert. Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft heisst was ganz anderes: Heisst nicht fünf Prozent Arbeitslose, denn das sind zu wenige, um die Wirtschaft zu sanieren. Das heisst: Zwanzig Prozent Abeitslose auf Dauer – dann ist die kapitalistische Wirtschaft saniert. Wer will denn das? Für einen Grünen, für einen Roten, für einen Linken, für einen Sozialisten, ein absurdes Ziel.

Es gibt zwei Formen, den Kapitalismus sozusagen zum Erfolg zu bringen. Die eine ist die totalitäre: Die Leute werden ruhig gehalten, indem sie in einer faschistischen Diktatur leben. Oder: Die insofern viel schönere Form, nämlich die sozialdemokratische. Die Sozialdemokratie erzielt Fortschritte im Sozialstaat und hält dafür die Leute ruhig. Ich halte es nicht für verwerflich, dass die Sozialdemokratie eine bestimmte Phase des Kapitalismus begleitet, so dass die Leute wenigstens gewisse sozialstaatliche Errungenschaften haben, wenigstens Fremdarbeit vorfinden. Als Zielsetzung ist es aber für den Sozialisten absurd. Denn er will nicht den Sozialstaat, sondern eine Gemeinschaft und nicht Fremdarbeit, sondern Eigenarbeit, Gemeinschaftsarbeit.

Davon haben die heutigen Sozialdemokraten nicht die geringste Ahnung. Sie halten einen für wahnsinnig, dem Irrenhaus entsprungen, wenn man sagt: Es kann, soll, muss andere Formen von Arbeit geben; es kann, soll muss statt des Zentralstaates eben überhaupt keinen zentralen, bürokratischen, gewalttätigen Staat geben.

F: Sehen Sie Ansätze, dass die Sozialdemokratie zurückfindet zu ihren ursprünglichen Wertvorstellungen?

Nenning: Das ist die Frage, ob es in der Sozialdemokratie genügend Sozialisten gibt. Wenn die sich wieder einfinden, was nicht so wahrscheinlich ist, so ist das möglich. Die modernste Form des Sozialismus ist ja die ökologische Bewegung. Die sich nicht nur auf Bäume bezieht, sondern auf Veränderung, auf die Art des menschlichen Zusammenlebens in überschaubaren, horizontal gegliederten Einheiten. Das tiefe Misstrauen gegen zu grosse Einheiten ist ursozialistisch.

F: Vor Jahren haben Sie gesagt: Gegen eine grosse Koalition ist die Opposition zu schwach; neben einer grossen Koalition kann es keine Opposition mehr geben.

Nenning: Nein, ich glaube es ist umgekehrt. Wenn die Rolle Regierung-Opposition aufgeteilt ist, so ist das ein Schattenboxen: Eine alte Partei spielt Regierung, eine alte Partei spielt Opposition.

Die Vereinigung der beiden grossen alten Parteien in der Regierung schreit danach, dass sich eine gegenläufige grosse Koalition bildet. Die beiden Parteien haben sich zusammengeschlossen, um die Opposition, die es in dem Lande gibt, zu überwältigen. Opposition verstehe ich jetzt nicht als politische Katego-

rie, sondern als ein anderes Denken, als ein dumpfes aber deutliches Gefühl, dass sich etwas ändern muss.
Weil die grosse Koalition sozusagen lehrbuchartig alles falsch macht, weil sie sich so stark fühlt, entsteht genau dadurch auf mittlere Frist die wirkliche, die echte, die andersartige Opposition.
Das mag theoretisch klingen, aber das kann man ganz konkret festmachen: Die Partei, die sich leichter aufsplittert, ist die ÖVP (Österreich Volkspartei). Sie ist bündisch gegliedert: Wirtschaftsbund, Angestelltenbund, Frauenbund, sie ist regional viel stärker gegliedert als die SPÖ, mit ihrem zwar inhaltslosen aber traditionell starken Zusammenhalt. Der sehr starke ökologische Flügel in der ÖVP wird total frustriert durch die Gemeinschaft der Betonfreunde, die sich in der grossen Koalition zusammengefunden haben. Was heisst: Auf dieser schiefen Bahn des Untergangs des alten Parteisystems wird die SPÖ noch stärker als die ÖVP. Das war das Wahlergebnis. Beide haben verloren, aber ein Verlierer war der Sieger.

F: Glauben Sie, dass es in der SPÖ weniger Grüne als in der ÖVP - mit Bussek - gibt?

Nenning: Unter den Mitgliedern gibt's sicher gleich viele, unter den Funktionären sehr viel weniger. Das ist die Rolle der Sozialdemokratie, die groteskerweise eine wütendere Verteidigerin kapitalistischer Zustände ist als die Kapitalisten selber. Denn die Kapitalisten können Arbeitsplätze abbauen und biologische Produkte erzeugen oder sowas. Aber was machen die Gewerkschaften?

F: In Deutschland zeigt sich mit Lafontaine, dass es auch grüne Kräfte gibt in der Sozialdemokratie. Wäre eine grüne Sozialdemokratie historisch noch nicht überholt?

Nenning: Einerseits stehen die Sozialdemokraten in Deutschland so halb und halb in der Opposition - zumindest im engeren Sinn. Andererseits gibt es eine Verwandtschaft mit den Grünen von der politischen Herkunft her. Der Typus des Jungsozialisten ist sowohl rot wie auch grün. Und die konservative Spielart des Grünen ist in Deutschland relativ schwach entwickelt. Die grüne Bewegung in Österreich ist viel bürgerlicher und konservativer und die österreichische Sozialdemokratie ist viel antiökologischer als die deutsche.

F: Kommen wir nochmals auf die Ausgangsfrage zurück: Hätte die Sozialdemokratie in Europa eine Chance, wenn sie grün würde?

Nenning: Wenn man annimmt, dass die Sozialdemokratie eine sozialistische Zielsetzung hat, so kommt sie aus ihrem geistigen Bankrott nur heraus, wenn sie aus ihren staatssozialistischen und wachstums- und industriepolitischen Vorstellungen herauskommt. Das heisst: Wenn aus den Katholiken nichts mehr wird, gehen sie zurück zum Altkatholizismus, zurück zu den Ursprüngen.
Das Grüne und der frühe edelanarchistische Gemeindesozialismus sind identisch. Wenn man sagt: Uns rettet nur der Rückgang zu den sozialistischen Wurzeln, nur so kommen wir vorwärts, dann ist das ein Rückgang auf grünes Denken. Aber das ist in die praktische Politik von Österreich bis auf weiteres nicht umsetzbar.

F: Und in der Schweiz?

Nenning: Ich kenne das nicht genau genug. Ich habe nur das unbestimmte Gefühl aus meinen Kontakten und Freundschaften mit Sozialdemokraten in der Schweiz, dass der Sozialismus dort irgendwie lebendiger ist: die Sozialdemokratie hat ein sozialistisches Ziel. Nicht grad bei den Politikern, die oben sitzen, aber in der Partei, wegen ihrer relativen Machtlosigkeit. Ob das auch in eine grüne Richtung geht, weiss ich nicht, getraue ich mich nicht zu sagen. Ich bin auch gar nicht objektiv, weil ich so ein gewisses Schonungsgefühl hab, da mir die Sozialdemokraten die Mitgliedschaft angeboten haben und ich sie angenommen habe. Jetzt habe ich das Gefühl, na ja, an denen ist schon was dran.

Peter Sichrovsky: Zwei Bücher ein Thema

Kinder von Opfern Kinder von Tätern

Von Alain Claude Sulzer

Im Abstand von zwei Jahren sind vom gleichen Autor, Peter Sichrovsky, zwei Bücher bei Kiepenheuer & Witsch erschienen, deren geschichtlicher Hintergrund, der aber immer wieder nach vorne, bis in die Gegenwart rückt, jeweils derselbe ist: deutsche Vergangenheit, Drittes Reich, die Vernichtung der Juden, das Verhältnis der nachkommenden Generationen zu ihren Eltern, den Beteiligten; den untauglichen Versuch, bei Null anzufangen, vermögen sie, anders als etwa ihre Eltern - die Täter-Eltern - nicht zu unternehmen.
Trotz der Nähe des Hintergrundes und gerade deshalb trennt die Menschen zwischen etwa achtzehn und fünfundvierzig